

Antrag

**der Abgeordneten Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Martin Dolzer, Inge Hannemann, Stephan Jersch, Cansu Özdemir,
Christiane Schneider, Heike Sudmann, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Änderung Finanzrahmengesetz

Die wachsende Zahl an Menschen, die nach Europa flüchten, stellt auch Hamburg vor besondere Herausforderungen. Die Kriege und bewaffneten Konflikte insbesondere im Nahen und Mittleren Osten zwingen viele Menschen dazu, aus ihrer Heimat zu fliehen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in Ländern wie der Türkei, Syrien, dem Irak, aber auch Afghanistan oder der Ukraine gehen wir davon aus, dass sich diese Entwicklung eher verstärken als abschwächen wird. Europa, Deutschland und auch Hamburg haben die Kapazitäten, diesen Menschen Schutz und menschenwürdige Lebensbedingungen zu bieten. Im Hinblick darauf ist es notwendig, zusätzliche finanzielle Mittel für diese besondere Anstrengung Hamburgs bereitzustellen, damit die Integration der Geflüchteten unter der Berücksichtigung menschenwürdiger Standards gelingen kann.

Angesichts der großen Solidarität der Hamburgerinnen und Hamburger mit den Flüchtlingen in der Stadt bedarf es organisatorischer Anstrengungen vonseiten der Politik und Verwaltung, um dieses Engagement stützen zu können.

Die notwendigen Ausgaben für die Flüchtlinge dürfen jedoch keinesfalls zu einer weiteren Belastung anderer sozialer Bereiche in dieser Stadt führen! Umschichtungen sind dementsprechend als Maßnahme nicht geeignet. Es ist daher notwendig, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Aus den Steuermehreinnahmen der Stadt Hamburg von 700 Millionen Euro in der ersten Jahreshälfte 2015 müssen auch Ressourcen für eine angemessene Flüchtlingsunterbringung und -versorgung zur Verfügung gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert das Finanzrahmengesetz und andere gesetzliche Hemmnisse so zu verändern, dass zusätzliche Steuereinnahmen unter anderem für diese besondere Herausforderung der angemessenen Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten genutzt werden können.